

## **Muß sich bei der Förderung der Selbständigkeit in Deutschland etwas ändern?**

Ich bin seit 1990 in der Beratung von Unternehmern und Existenzgründern aktiv. Zunächst war ich im Arbeitsamt Dresden verantwortlich für die Bewirtschaftung von Mitteln der Beschäftigungsförderung<sup>1</sup>. Seit 2000 bin ich selbständige Unternehmensberaterin. Zu meinem Angebot gehören Gründerseminare, betriebswirtschaftliche Analysen und Beratungen, Coaching zu Fragen von Betriebsführung und Personalentwicklung, Marketing und Finanzierung. Rund 2.200 Teilnehmer haben sich in Gründerseminaren einen Überblick zu den wichtigen Themen einer Unternehmensgründung verschafft. Mehrheitlich waren es Frauen. Etwa 30 - 40 % wagten das Abenteuer Selbständigkeit. Viele Gründer nutzen in den ersten Jahren ihrer Selbständigkeit ein betriebswirtschaftliches Coaching. Aus diesen Erfahrungen heraus möchte ich folgende Thesen zur Förderung der Selbständigkeit vorstellen:

### **1. Selbständige Arbeit muß zu einer selbstverständlichen Form der Arbeit in Deutschland werden.**

Im Zeitalter der industrialisierten Beschäftigung und der staatlichen Versorgung sind Menschen daran gewöhnt, beschäftigt zu werden. Sie lernen im Alltag nicht, gewinnorientiert und nachhaltig zu arbeiten und so für ihren Lebensunterhalt wie ihre Daseinsvorsorge selbständig aktiv zu werden. Wir sind mit Arbeit, „Geben“ und Pflicht „abgaben“ aufgewachsen. Vorbehalte und Ängste, die Unerfahrenheit im Umgang mit Rechten und Pflichten als selbständiger Unternehmer sind darum unübersehbar. Doch Arbeitgeber im traditionellen Sinne werden langsam Mangelware. Statt auf Arbeitgeber und staatliche Versorgung allein zu hoffen, sollte es in jeder Hinsicht normal werden, phasenweise oder langfristig auch selbständig zu arbeiten. Die generelle politische Gestaltungstendenz in Ausbildung, Wirtschaft und Vorsorge sollte die Förderung von Selbstverantwortung und der Rückgang von staatlichen Eingriffen sein.

---

<sup>1</sup> Für Existenzgründer kann das Arbeitsamt Seminare fördern, eine Starthilfe zum Lebensunterhalt sowie Zuschüsse für die Beratung und für Angestellte gewähren.

**2. Selbständige Arbeit muß Inhalt jeder allgemeinen und fachlichen Bildung sein.**

Wenn Schüler heute die Schule verlassen, wissen sie nicht, wie man sich steuerlich beim Finanzamt anmeldet. Das lernt auch ein Arzt nicht in seiner Ausbildung.

Praktische Fragen der Betriebsorganisation wie Zeit- und Ressourcenmanagement, Akquise von Kunden, Wirtschaftlichkeitsberechnungen oder Finanzierungsformen finden sich nur in wenigen Schul- und Ausbildungsplänen. Betriebswirtschaftliche Lehrbücher stellen zudem nur die Sicht von Großunternehmen, mit einer tiefen Arbeitsteilung dar. Doch das Einzelunternehmen, der Familienbetrieb und die inhabergeführte Firma sind die Basis unserer Wirtschaft. Ein Fach Wirtschaftspraxis ab der 6. Klasse und Betriebsführung in jedem Ausbildungsberuf bzw. Studiengang, von Praktikern moderiert, sollte (wieder) Einzug halten in der Ausbildung.

**3. Die soziale Absicherung in Deutschland muß neu gestaltet werden, um den Wechsel zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen zu erleichtern und die praktische Benachteiligung von Selbständigen mit geringerem Einkommen zu beseitigen.**

Das System der sozialen Absicherung von Beschäftigten und Selbständigen mit Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung ist mit seiner Vielzahl von Einzelnormen und ständigen Veränderungen ein Faktor zur Verhinderung von Selbständigkeit geworden.<sup>2</sup> Einige Berufsgruppen sind durch staatliche Vorgaben gezwungen, 30 - 50% ihres Einkommens in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung abzuführen. Mit dem verbleibenden Einkommen sind sie nicht mehr in der Lage, eigenständig für sich und eine Familie zu sorgen. Im Folgenden finden Sie das Beispiel einer selbständigen Frau (verheiratet, 2 Kinder), die einen Gesundheitsdienstberuf ausübt. Sie hatte sich mit dem Konzept einer 30 Stunden Woche selbständig gemacht.

Trotz Kosteneinsparungen sank ihr verfügbares Einkommen im Laufe der Selbständigkeit rapide. Dazu trugen vor allem die steigenden Pflichtabgaben in Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bei. Welches Signal geht von einer Sozialversicherung aus, die Selbständigen einen Mindestbeitrag in der Krankenversicherung - ungeachtet ihrer tatsächlich Gewinne - sowie fast 20 % für eine Rentenversicherung abverlangt, so daß bei einer 30 Stunden Woche effektiv noch 170 Euro in der Woche verfügbares Einkommen übrig bleiben?

---

<sup>2</sup> vgl. auch: Die Opportunitätskosten der sozialen Absicherung für Selbständige in Deutschland. Faulenbach, Kay, Werner, IFM Bonn 2007; Einsame Klasse. Wolf Lotter, Brand Eins 01.2007

	2001	2002	2003	2004	2005
1. Betriebserlöse	33.075	28.579	33.426	28.285	28.327
2. Betriebsausgaben	13.325	10.739	11.505	9.825	9.508
Anteil	40	38	34	35	34
3. Überschuss v. St.	19.748	17.839	21.920	18.460	18.819
Anteil	60	62	66	65	66
4. Einkommensteuer/vorausz. <sup>3</sup>	1.295	2.175	2.582	3.169	2.325
Anteil	4	8	8	11	8
<b>5. Überschuss n.St.</b>	<b>18.454</b>	<b>15.664</b>	<b>19.338</b>	<b>15.291</b>	<b>16.494</b>
6. Sonderausgaben	6.170	5.525	8.463	8.296	7.661
Anteil	19	19	25	29	27
<b>7. verfügbares Einkommen</b>	<b>12.284</b>	<b>10.139</b>	<b>10.875</b>	<b>6.995</b>	<b>8.833</b>
Anteil Erlöse	37	35	33	25	31
Anteil Gewinn	67	65	56	46	54

**4. Zusätzliche Fördermittel für Selbständige sind in Deutschland nicht grundsätzlich erforderlich.** Interessierte Gründer finden (in Berlin) ein breites Angebot an Information, Beratung, Coaching und Vernetzung von Existenzgründern. Es gibt viele Förderprogramme. Dieses Angebot ist so umfangreich, dass man als Anfänger nur mit viel Aufwand einen Überblick erhält. Differenzierungen in den Förder- und Beratungsangeboten sind für Neulinge schwer erkennbar.

Gründer mit spezifischen Problemen sind die Kunden der Jobcenter. Sie sind typischerweise langzeitarbeitslos, mit sehr unterschiedlichen, teilweise nicht mehr gefragten beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen und oft demotiviert. Wenn sie versuchen, ihre Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen zu beenden, sehen sie sich von Seiten des JobCenter mit der Erwartung konfrontiert, spätestens nach 6 - 9 Monaten nicht mehr hilfebedürftig zu sein. Das bedeutet, einen Gewinn von monatlich mindestens 1.500 € stabil zu erwirtschaften. Diese Zielstellung ist ok, aber oft nicht realistisch. Als Unterstützung gab es bislang 173 € zusätzlich für 6 Monate. Selbst diese werden sofort eingestellt, falls man zu schnell Gewinn macht. Diese Problematik ist besonders zermürbend für die bedürftigen Gründer, denn nichts verunsichert sie so schnell und nachhaltig wie das Versagen eines Minimums an kontinuierlich fließenden Einnahmen für den Lebensunterhalt. Welche Auswege gibt es? Ein Erfolg versprechender Weg wäre die Wiedereinführung des Existenzgründungszuschusses für Langzeitarbeitslose. Er hatte gerade Frauen und Menschen mit wenig finanziellen Rücklagen ermuntert, den Weg in die Selbständigkeit zu wagen.

5. **Mehr Selbständigkeit ist in unserer Gesellschaft nicht nur möglich, sondern notwendig.** <sup>4</sup> Auf der Basis der veränderten technologischen Entwicklung gibt es einen objektiven Trend zu mehr Selbständigkeit und Verantwortung, zu neuen Arbeitsformen. Wir haben die Chance, Arbeit zunehmend individueller, familiärer und kollektiver zu gestalten. Die Rollenverteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlagert sich (zurück) ins Individuum, das den Widerspruch zwischen Planung und Ausführung von Arbeit, zwischen Eigentum und Arbeit, zwischen Arbeit und Arbeitsergebnis, zwischen Produktion und Reproduktion selbst gestaltet.

---

<sup>3</sup> aus praktischen Gründen habe ich hier die Hälfte der Einkommensteuer für die Familie in Ansatz gebracht.

<sup>4</sup> Im Jahr 2007 betrug die Zahl der Gründer 860 000 Personen. Damit sind die Gründungsaktivitäten in Deutschland trotz anhaltend guter Konjunktur auf einem Tiefststand seit der Jahrtausendwende angekommen. Im Vergleich zum Vorjahr 2006 sank die Gründerzahl um 230 000 Personen (-21 %). Der prozentuale Rückgang war in den neuen Bundesländern (-35 %) doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (-17 %). Dies zeigt der neue Gründungsmonitor der KfW Bankengruppe